

# Bunte Liste Bad Salzuflen



12.05.2010

BLBS-Ratsfraktion Rathaus Rudolph-Brandes-Allee 19 32105 Bad Salzuflen

## Haushaltsrede von RM Günter Kleinpenning, Finanzpolitischer Sprecher der Ratsfraktion Bunte Liste Bad Salzuflen, zur Einbringung des Haushalts 2010

- Einleitung:

*„Ich verpflichte mich, daß ich meine Aufgaben nach besten Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Gemeinde erfüllen werde.“*

Unter Beachtung dieser Grundsätze haben die Ratsmitglieder und sachkundigen Bürgerinnen und Bürger, wie zu Beginn jeder Ratsperiode, ihre Tätigkeit aufgenommen. Aber was verstehen wir als Vertreter verschiedener Fraktionen unter den „Pflichten zum Wohle der Gemeinde“?

Ist es die Pflicht unsere Bürgerinnen und Bürger, die ja diese Gemeinde ausmachen, vor dem „Ausverkauf“ zu bewahren, diejenigen, welche aus finanzieller Sicht, wie Hartz-IV – Grundsicherung im Alter – Asylsuche, das Ende der Spirale erreicht haben, vor weiterem Kostendruck zu bewahren und die Teilhabe am soziokulturellen Leben weiter zu ermöglichen? Also Pflichterfüllung nach dem Verständnis unserer Fraktion, der Bunten Liste Bad Salzuflen?

Oder ist eine „Pflicht zum Wohle der Gemeinde“ einer Aneinanderreihung von Einzelsparmaßnahmen zuzustimmen um der Haushaltsicherung zu entkommen? Egal wem, der viel oder wenig hat, die gleiche Menge zu nehmen bzw. die gleiche Erhöhung zuzumuten, also nach dem Gießkannenprinzip zu verfahren und denjenigen, welche schon jetzt am Rande unserer Gesellschaft stehen, den letzten „Stoß“ in den Abgrund zu geben? Also die Pflichterfüllung nach Vorgehensweise der CDU und SPD?

Sicherlich wird jeder bei der Abstimmung zum Haushalt sein Gewissen hinreichend befragen und die für sich richtige Entscheidung treffen. Aber ob es die für unsere Bürgerinnen und Bürger und unsere Kommune richtige Gesamtentscheidung, also der große Wurf zur Rettung wird, bezweifle ich.

Heute stehen wir in einem Haushalts sicherungskonzept, bei dem sich die Frage stellt: „Hätte man diese Entwicklung nicht schon in früheren Jahren abwenden können?“

1987 hatten wir einen Schuldenstand von 37.675.977,93 Euro. 10 Jahre später, also 1997 war dieser um rund 22 Millionen Euro auf 59.928.944,91 Euro gestiegen. In der Folgedekade bis 2007 ist der Schuldenberg um weitere 40 Millionen Euro auf runde 100 Millionen Euro angestiegen. (Quelle: Jahresabschluß Entwurf 2007 Seite 53)

Jeder Privatmensch, jedes Wirtschaftsunternehmen weiß, daß es auf Dauer nie gut geht, über die eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse zu leben.

Diese Erkenntnis ist für Bad Salzuflen sicherlich nicht neu, wurde doch in den vergangenen Jahren vor der schon fast exponentiellen Steigerung der Schulden stets die Augen verschlossen. Jetzt wo wir „Müssen“, also die Augen öffnen und sparen, wird in den nächsten 4 Jahren alles wieder gut? Ich sage Ihnen: „Weit gefehlt - da wird wohl mehr der Wunsch Vater des Gedanken bleiben.“

Wo waren die Konzepte der „Entscheider-Fraktionen“ in den vergangenen 20 Jahre? Jetzt, wo nach einem Konzept, besser gesagt nach dem Haushaltssicherungskonzept, gerufen wird, sollen die „kleinen“ Fraktionen die Suppe mit auslöffeln, wo man sie in den letzten 20 Jahren nicht einmal an den Herd gelassen hat!

Jetzt, wo umfassende Konzepte gefragt sind, kommt die „Große Koalition“ in Bad Salzuflen mit Stückwerk.

- Überleitung zu den Beispielen (POLITIK):

Ich werde Ihnen an 4 Beispielen aufzeigen, daß der Haushaltsplan-Entwurf 2010 fern der Realität ist. Weiterhin werden Ihnen die Beispiele zeigen, daß das Planen und Entscheiden leichter fällt, je größer die Summen sind und die so genannte große Koalition auch in Bad Salzuflen ein Auslaufmodell ist. Auch will ich nicht verschweigen, daß der Haushaltsplan wohl auch nicht vor unserer älteren Generation, vor Familien und auch nicht vor denen, die durch Kürzungen, gerade aus finanziellen Gründen, von der öffentlichen Teilhabe nun gänzlich ausgeschlossen werden, halt machen wird.

So stellt sich anhand der Beispiele die CDU / SPD Koalition ein Haushalts sicherungskonzept vor:

- Beispiel Gewerbesteuereinnahmen, Haushaltsentwurf 2010: (Quelle: Jahresabschluß 2007 Entwurf und Haushaltsentwurf 2010)

Im Jahr 2007, als die Wirtschaft zugegebenermaßen noch funktionierte, hat Bad Salzuflen Gewerbesteuereinnahmen in Höhe von ca. 28 Mio. Euro verzeichnet. Die Planzahlen liegen 2009 / 2010 um die 16 Mio. Euro. Absolut fraglich und unverständlich ist daher, wie im HSK steigende Gewerbesteuereinnahmen kalkuliert werden, die bis 2014 einen Stand von 31,5 Mio. (bereinigt nach Hebesatz Stand 2009: 30,3 Mio. Euro) erreichen sollen. Demnach beruht ein Großteil des HSK auf der Hoffnung unverhältnismäßig hohen Steigerungen der Gewerbesteuereinnahmen. Die Haushaltsplaner würden gut daran tun ihren uneingeschränkten Optimismus zu dämpfen, da Kommunen auch ein Stück weit von bundes- und weltpolitischen Wirtschaftsentwicklungen abhängig sind.

Das Frühjahrsgutachten der führenden Wirtschaftsinstitute sieht die Entwicklung da etwas anders. Ich zitiere aus dem Hamburger Abendblatt vom 15. April 2010:

„Nach dem scharfen Einbruch werde das reale Bruttoinlandsprodukt erst 2013 das Niveau des Jahres 2008 wieder erreichen.“ (Quelle: Hamburger Abendblatt online 15.04.2010)

Übersetzt auf den Entwurf des Haushaltsplans bleibt somit festzustellen, daß für 2008 im Plan 24 Millionen Euro angesetzt waren und für 2013 im Plan 27 Millionen Euro; bereinigt um die gerade beschlossenen Hebesatzerhöhung von effektiv 3,7% beträgt der Planansatz 2013 somit 26 Millionen Euro, also mal gerade das Ziel um 2 Millionen Euro verfehlt!

Wenn in diesem Bereich, den wir am wenigsten beeinflussen können, die Erwartungen nicht erfüllt werden, bricht an dieser Stelle schon das gesamte Gebilde HSK zusammen und wir brauchen uns nicht mehr weiter über die Ausgabenseite und Einsparungen unterhalten.

Wir bekommen hier im Haushaltsplan teilweise Utopien vorgesetzt, die nicht erreichbar sind und einer seriösen Berechnung entbehren.

Gewerbesteuereinnahmen (Vergleichszahlen, wenn Bedarf im Ratssaal)

(Quelle: Haushaltsplan Entwurf 2010 Seite V11)

2007= 28.000.000 Euro (IST)

2008= 24.000.000 Euro (PLAN)

2009= 16.000.000 Euro (PLAN) (Hebesatz 405%)

2010= 16.900.000 Euro (PLAN) (Hebesatz 420%) (Hebesatz 405% = 16.300.000 Euro)

2011= 19.400.000 Euro (PLAN) (Hebesatz 420%) (Hebesatz 405% = 18.700.000 Euro)

2012= 23.500.000 Euro (PLAN) (Hebesatz 420%) (Hebesatz 405% = 22.660.000 Euro)

2013= 27.000.000 Euro (PLAN) (Hebesatz 420%) (Hebesatz 405% = 26.000.000 Euro)

2014= 31.500.000 Euro (PLAN) (Hebesatz 420 %) (Hebesatz 405% = 30.375.000 Euro)

Hebesatzerhöhung effektiv 3,7%, heißt bereinigt für 2014 ca. 30.000.000 Euro,

- Beispiel Sportausschuss 03.02.10: (Quelle: Verwaltungsvorlage zur Ausschusssitzung Sport 03.02.10 und Finanzausschusssitzung vom 03.03.10)

Ein Beispiel, welches in der Öffentlichkeit fast ausschließlich nur auf Kritik und Unverständnis stößt.

Preiserhöhungen von bis zu 100% für die Nutzung Salzufler Bäder (Freibad + Hallenbad) werden im Sportausschuss, Finanzausschuss, Hauptausschuss und Rat mehrheitlich durch SPD, CDU und Grüne genehmigt.

Moderate Erhöhungen wären ja o.k. gewesen, aber wieder einmal wird, gerade auch unter einer mitbestimmenden „SPD-Regierung“ in Salzuflen, den Ärmsten in die Tasche gegriffen. Erwachsene Hartz IV-Empfänger sollen 3,- Euro bezahlen, also 0,84% des Regelsatzes. Bei einem Arbeitnehmer mit einem beispielsweise Nettoeinkommen von 1.500 Euro entspräche dieses 12,60 Euro. Schon beeindruckend was so 0,84% eines Einkommens ausmachen können und die Einnahmen aus Erhöhung von Eintrittsgeldern mittels Gießkannenprinzip generiert werden sollen.

**Nicht nur die Bedürftigen hat die große Koalition aufs Korn genommen, zu allem Überfluss wird mit der neuen Entgeltordnung der städtischen Bäder die Familienfreundlichkeit bei diesen Fraktionen zu den Akten gelegt:**

**Familiensaisonkarte 1 Erwachsener eigene Kinder bis 16 Jahre >> Steigerung 127% (von 66 auf 150 Euro). WO IST DA DIE FAMILIENFREUNDLICHKEIT!**

**Familiensaisonkarte 2 Erwachsene eigene Kinder bis 16 Jahre >> Steigerung 89% (von 132 auf 150 Euro). WO IST DA DIE FAMILIENFREUNDLICHKEIT!**

**Kursgebühren Babyschwimmen >> Steigerung 42,9% (von 35 auf 50 Euro).  
WO IST DA DIE FAMILIENFREUNDLICHKEIT!**

**Schwangerschaftsgymnastik in der neuen Entgeltordnung >> Fehlanzeige.  
WO IST DA DIE FAMILIENFREUNDLICHKEIT!**

**...und weil die Salzuflerinnen und Salzufler bei diesen Preisen ein richtig schwimmwütiges Volk werden, die Verwaltung rechnet mit ca. 27.000 mehr Besuchen in den Bädern in den Folgejahren, soll sich der Ertrag von ca. 180.000 Euro in 2009 in den Folgejahren auf 490.000 Euro erhöhen.**

**Diese Marke halten wir für wohl kaum erreichbar.**

**Wir bekommen hier im Haushaltsplan teilweise Utopien vorgesetzt, die nicht erreichbar sind und einer seriösen Berechnung entbehren.**

**Die Kämmerei gibt eine Zielmarke aus, der Fachdienst passt die Besucherzahlen an. Seriöser wäre es die Besucherzahlen zu schätzen, auch anhand von Vergangenheitswerten, und daraus in Verbindung mit maßvollen Preiserhöhungen den möglichen Ertrag zu bestimmen.**

**Der Plan-Ertrag 2009, war incl. den Eintrittsgeldern vor Erhöhung 296.800,-- Euro, der IST-Ertrag 2009 ist nach der Vorlage 240/2009, nach Angaben der Verwaltung, nur 184.000,-- Euro; also hier bereits schon um gute 110.000,-- Euro verfehlt.**

**Plan 2008 = 274.300,-- Euro  
Plan 2009 = 296.800,-- Euro >> IST = 184.000,-- Euro  
Plan 2010 = 342.100,-- Euro  
Plan 2011 = 477.100,-- Euro  
Plan 2012 = 576.900,-- Euro  
Plan 2013 = 550.900,-- Euro  
Plan 2014 = 517.700,-- Euro**

- **Beispiel „soziale Leistungen“**

Der Vorschlag der Verwaltung sieht hier Kürzungen in allen „freiwilligen“ sozialen Leistungen vor. Angefangen bei Zuschüssen für die AWO, über kleinere Beträge für diverse soziale Einrichtungen bis zum kompletten Wegfall der städtischen Weihnachtsfeiern für unsere Senioren. Auch der soziale Mittagstisch, der auf Antrag von Herrn Obenhaus und mir als Ergänzung zur „Mahlzeit“ der Kirche eingerichtet wurde, soll in den Folgejahren Kürzungen erfahren.

Jüngst hat die Große Salzufler Koalition auch den Zuschuß zum „Schülermittagessen“ gestrichen und vor besonderen Situationen wie die Erich-Kästner-Schule die Augen fest verschlossen. Aber dazu später mehr.

Im Vergleich zum gesamten Einsparpaket im HSK von über 11 Mio. Euro in den Folgejahren, sprechen wir hier von geplanten Einsparungen bei den „freiwilligen“ sozialen Leistungen von rund 100.000 bis 150.000 Euro.

Wir sprechen hier von einem Produktpaket im HSK, daß eben nicht, wie viele behaupten, mit den anderen Produktpaketen aus anderen Bereichen vergleichbar ist. Ist es uns das wirklich wert? Wollen wir hier wirklich gewachsene Strukturen zerschlagen? Wir sind der Meinung, daß das Produktpaket „soziale Leistungen“ besonders schützenswert ist.

Ich appelliere an alle Ratsmitglieder unseren Bürgerinnen und Bürgern zu zeigen, daß Bad Salzuflen eine „Soziale Stadt“ ist.

- **Beispiel: Zusätzliche Ausschüsse (Quelle: lippe-news.de)**

In einer Presseerklärung (lippe-news.de) der großen Koalition erklärt der SPD-Fraktionsvorsitzende Eduard Böger zum Thema Baumschutzsatzung: „Von Arbeitszeit für Gutachten bis hin zu Verdienstausschfall in Ausschusssitzungen fallen für die Bearbeitung von Anträgen nach der Baumschutzsatzung zahlreiche Kosten an.“ CDU-Fraktionsvorsitzender Heuwinkel stellt die Baumschutzsatzung gleichfalls in Frage.

Meine Anmerkung hierzu. Der Ausschuss Bau und Verkehr tagt sowohl mit als auch ohne Baumschutzsatzung. Verdienstausschfallentschädigungen von Ausschusssmitgliedern sind so nicht einzusparen. Zudem die große Koalition der CDU und SPD mit Sportausschuss und den Ausschuss für Klima und Umwelt zwei zusätzlich kostenverursachende Ausschüsse von anderen Ausschüssen entkoppelt und separat neu geschaffen hat.

Jetzt sollen wieder Ausschüsse gestrichen werden um Einsparungen zu generieren. Eine echte Mogelpackung. So kann ich auch Einsparungen einfahren: Erst draufsatteln, also höhere Kosten verursachen, dann die Änderungen rückgängig machen und „EINSPARUNG“ rufen.

- **Diverses aus Vorlage 77/2010**

Hinzu kommen Anträge und Prüfanträge der großen Koalition, welche bis 2014 entweder nicht haushaltsrelevant sind, gar nicht umsetzbar sind und / oder die kleinen Fraktionen beschneiden sollen. Erwähnt seien hier die Punkte „Prüfung der Reduzierung der Ratsmitglieder“, „Verringerung der Zahl der sachkundigen Bürger“.

Geprüft werden soll die Gründung eines Eigenbetriebes für Bereich Abwasserentsorgung, was nicht anderes heißt, daß die Höhe der Wassergebühren nicht mehr kommunal-kostendeckend ausfallen würde, sondern der Gewinnmaxime eines Unternehmens unterliegen würde.

- **Überleitung zu den Meinungen der Bürger:**

Doch was sagen die Bürgerinnen und Bürger zu alle dem?

Wer die Presse aufmerksam verfolgt und Gespräche mit den Bürgerinnen und Bürgern führt, dem fällt auf das sich vieles um eine zentrale Frage dreht: „Warum werden wir vor vollendete Tatsachen gestellt und werden hierzu nicht gehört.“

Unsere Fraktion kann die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger nachvollziehen, wenn der Unmut über den Verkauf des Tafelsilbers, über der Zerschlagung gewachsener Strukturen und über überzogene Gebührenerhöhungen laut wird. (Quelle: diverse Berichte und Leserbriefe in der LZ)

Hierzu einige Reaktionen unserer Bürgerinnen und Bürger:

1. **Zur Schließung Stadt- und Bädereuseum:**

**Quelle: Leserbrief Gunnar Görnemann, Lippische Landes-Zeitung 17.04.2010:**

„Wie soll eine heranwachsende Generation sich noch nachhaltig mit ihrer Stadt identifizieren und auf ihr Wohl bedacht sein, wenn sie nicht aus lebendigen Zeitzeugen lernen kann, was dieses Gemeinwohl ausmacht, wenn mögliche Interessen zu wecken, in die Ecke gestellt und Zeitzeugen, geeignet zu ganz und gar nicht trockenem historischen Lernen, versilbert werden.“

**Quelle: Leserbrief Prof. Dr. Ernst Stresemann, Lippische Landes-Zeitung 01.05.2010:**

„Was wird der meistbietende Kaufinteressent daraus machen? Etwa ein Gemüsegeschäft oder ähnliches? Wird eine Kaufhauskette mit Billigangeboten sich dort ansiedeln? Wird hiernach das Erinnern an die jüdische Geschichte des Hauses, zu deren Pflege die Stadt verpflichtet ist, gelöscht werden, weil sie einem neuen Eigentümer nicht vermittelt werden kann und die öffentliche Dokumentation eines historischen Andenkens von ihm gemieden wird, wenn sie ihm nicht opportun ist?

**In einer Zeit sprunghafter Nachrichtenverbreitung wären die politischen Entscheidungsgremien dieser Stadt gut beraten, auch den Aspekt der Folgen des Vertrauensverlustes in die Beständigkeit der Bewahrung der Orte jüdischer Stadtgeschichte seitens einer weit überregional wachsamem jüdischen Öffentlichkeit und ihrer Reaktionen zu bedenken.“**

**Wer die öffentliche Diskussion um die mögliche Schließung des Stadt- und Bädernmuseum verfolgt kann sich ein umfassenden Bild darüber machen, wie in unserer Stadt Entscheidungen, vorbei an den Willen der Bürgerinnen und Bürger getroffen werden sollen. Wer um die historische Bedeutung des Gebäudes weiß, sollte sich um den Erhalt in kommunaler Hand einsetzen. Hierzu wird das letzte Wort noch nicht gesprochen sein.**

## **2. Zu Eintrittspreisen Bäder**

**Quelle: Leserbrief Harry Schmidt, Lippische Landeszeitung 24.04.2010:**

**„Die Stadt pumpt Millionen ins Vita-Sol, aber in die seit Jahren maroden und unzureichenden sanitären Anlagen des Bega-Bades ist noch kein Cent investiert worden.“**

**Selbst gestandene Sozialdemokraten kommen da ins Grübeln: „Irgendwann ist die Schmerzgrenze erreicht“ sagt Hiltergerke. „Ich bin nicht sicher, ob wir das Geld aus den Bädern rausholen können.“ So zu lesen in der LZ vom 27.01.2010.**

## **3. Zur Streichung des Zuschuss zum Schülermittagessen an der Erich Kästner Schule**

**Quelle: Lippische Landeszeitung 11.05.10:**

**„Fürs warme Essen fehlt das Geld“**

**„Preiserhöhung: Das Mittags-Menü an der Kästner-Schule wird für viele Kinder unerschwinglich.“**

**„Es trifft die Falschen. Davon ist Jürgen Albath überzeugt. Sollten die Preise für das Mittagessen an der Kästner-Schule deutlich steigen, müßten viele Kinder auf die warme Mahlzeit verzichten.“**

**„Rund 3.500 Euro würde der Zuschuss die Stadt im diesen Jahr Kosten. Geld das gut investiert ist, sagt Jürgen Albath, ‚die Armut, beginnt direkt vor unserer Tür.‘**

**Ein weiteres Beispiel für die Konzeptionslosigkeit und sozialen Kälte dieser Koalition. Gerade der Koalitionssprecher Herr Böger sollte es ob seines beruflichen Hintergrundes besser wissen.....**

**Und dann ist da noch die Generation, welche die Leistung für unsere Gemeinschaft schon vollbracht hat und unseren besonderen Respekt und unserer besonderen Aufmerksamkeit bedarf: die Rentnerinnen und Rentner. Ihnen soll die zentrale Anlaufstelle, das Informationsbüro für Seniorinnen und Senioren in Bad Salzuflen geschlossen werden. Sowohl wir von den Bunten als auch Frau Niederfranke als Vorsitzende des Netzwerkes für Behinderte und Senioren/-innen warnt eindringlich vor der Zerschlagung der existierenden Strukturen. (Quelle: Schreiben von Frau Niederfranke vom 21.04.10)**

**Meine Damen und Herren, die hier heute den Haushalt verabschieden wollen, ich appelliere an Sie: „Nehmen Sie die Bürgerinnen und Bürger mit ins Boot.“ Zahlreiche Beispiele belegen, daß Sie an dem Willen der Salzuflerinnen und Salzufler vorbei Entscheidungen treffen wollen.**

**Noch einmal zusammengefasst:**

- **Der Gewerbesteuerertrag soll 2014, selbst nach Rausrechnen der erhöhten Hebesätze um 2 Millionen Euro höher ausfallen, als in einem absoluten „Boomjahr“ 2007. Gemessen am Frühjahrgutachten führender Wirtschafts- institute sind die Gewerbesteuerereinnahmen für 2013 um 2 Millionen Euro zu hoch angesetzt.**
- **Manche Berechnungen laufen „Rückwärts“. Die Kämmerei gibt in Teilbereichen Ertragsziele vor und die entsprechenden Fachdienste errechnen daraus Besucherzahlen. Sollte es nicht vielmehr so sein, daß anhand von geschätzten Besucherzahlen Ergebnisse errechnet werden? Ein kaufmännisches ungenügend, welches in der freien Wirtschaft zu einer fristlosen Kündigung führen würde.**
- **Die freiwilligen sozialen Leistungen sollen erheblich gekürzt werden und somit zunehmend unsere ältere Generation und den vielen Bedürftigen die Teilhabe am öffentlichen Leben weiter beschnitten werden.**
- **Alle Parteien wollen Sport und Jugend fördern; wohl mehr ein „Feigenblattverhalten“. Denn Erhöhungen bei Eintrittspreisen in unseren Bädern und Senkung bzw. Wegfall der Zuschüsse zum Schülermittagessen sprechen eine andere Sprache.**

**Wir fordern:**

1. **Eine „realistische“ Schätzung der Gewerbesteuerereinnahmen. Sofern sich diese überhaupt für 5 Jahre im Voraus schätzen lassen.**
2. **Erstellung eines Haushalts in der „Vorwärtsrechnung“, will heißen: welche Preise sind vertretbar und wie viele Personen könnten, auch gemessen an Vergangenheitswerten, eine Ware oder Dienstleistung in Anspruch nehmen.**
3. **Festschreibungen aller freiwilligen „sozialen Leistungen“, die für Kürzungen unantastbar bleiben.**
4. **Zusammensetzung des Finanzausschusses nach Qualifikation und nicht nach Fraktionsstärke. Die Herausforderung, in den kommenden Jahren Millionen von Euro einzusparen darf nicht an „Blockaden“ der großen Koalition scheitern. Wir sind alle gefragt, da wir alle in dieser Stadt leben.**
5. **Mehr Mitspracherecht der Bad Salzufler Bürgerinnen und Bürger bei Finanzierungen bzw. Investitionen ab bestimmten Wertgrenzen (beispielsweise ab 250.000 Euro). Diese Mitsprache soll beispielsweise durch Bürgerversammlungen, Bürgerentscheiden, Bürgerhaushalt sichergestellt werden.**

## Unser Beitrag zum HSK:

1. Ausgaben, welche für unsere Kommune und für unsere Bürger nicht zwingend zum Überleben notwendig sind, werden wir kontrovers gegenüberstehen und punktuell entscheiden und uns somit vor fast keiner Einsparung sperren. Einsparungen die einer sozialverträglichen Komponente und dem demographischen Wandel gerecht werden, werden von uns mitgetragen; ohne Berührungsgänge zu anderen Fraktionen, da wir für Realpolitik stehen. Genau genommen müssen wir der Großen Koalition dankbar sein, einen weitreichenden Katalog erstellt zu haben. Nur sollten die Kolleginnen und Kollegen nicht versuchen, alles durchzupfeitschen, sondern sich einer ausreichenden politischen Diskussion hierzu stellen.
2. Zur Verbesserung der Einnahmensituation werden wir punktuell unseren Beitrag leisten, da selbstverständlich auch unsere Fraktion hier die Notwendigkeit erkennt und unterstützt. Ausbau vorhandener und Suche nach neuen Gewerbeflächen wollen wir hier mit forcieren. Eins sollte aber allen klar sein, wenn wir hier heute einen „Kahlschlag“ verabschieden, verlieren wir damit zukünftig auch weiche Standortfaktoren, die bei der Ansiedlung von Wirtschaft, aber auch beim Zuzug des entsprechenden Personals, nicht außer acht gelassen werden können.
3. Ziele können nicht mit einer unstrukturierten Anzahl von Einzelanträgen erreicht werden. Hierbei verlieren wir den Blick fürs Ganze. Was wir brauchen sind Konzepte für den Bereich Soziales, Bildung, Jugend, Kultur, Stadtplanung, Umwelt etc.. Diese Konzepte der großen Ressorts müssen dann zu einem Gesamtkonzept zusammengefügt werden, damit uns unsere Stadt nicht nur rechnerisch sondern auch faktisch ein Stück Lebensqualität bietet. Mit unserem Konzept „Soziale Stadt Bad Salzuffen“ haben wir einen ersten Schritt in die richtige Richtung getan. Andere Fraktionen sind dem schon ansatzweise gefolgt.

Bei allen Zusagen zu Einsparungen, Gebühren- und Steuererhöhungen wird es Mehrkosten und Einsparungen zu Lasten unserer „betreuten“ älteren Generation, zu Lasten unserer Jugend und zu Lasten Bedürftiger (Hartz IV Empfänger, Empfänger von Grundsicherung im Alter, Asylanten etc.) von uns NICHT geben.

Somit wird in dieser Form unsere Fraktion dem Haushaltsentwurf 2010 nicht zustimmen, da das vorgelegte Zahlenmaterial jeglicher Realität entbehrt. Auf dem über 800 Seiten Zahlenwerk war wohl mehr der Wunsch nach dem rettenden Ufer Arbeitsgrundlage, denn realistische Prognosen. Ich glaube nicht an Zufälle, daher auch nur all zu merkwürdig, daß wir genau 2014 durch plötzlich „blühende Landschaften“ eben jenes Ufer erreichen sollen. Papier ist halt geduldig.

Wir können das „Desaster“ als Ratsmitglieder ehrlich gesagt doch nur verwalten.

Sicherlich könnte ich als „ehemaliger Linker“ jetzt eine Finanzierung mittels Millionärssteuer anbringen:

Millionärssteuer von 5%, bei Freibetrag von 1 Mio. Euro, bringt ca. 80 Mrd. Euro. 50% Länderanteil macht 40 Mrd. Euro. Bei 82 Mio. Einwohner macht das einen Pro-Kopf-Anteil von ca. 488,- Euro. Den multipliziert mit 52.000 Salzuffler Bürgerinnen und Bürger macht 25.376.000 Mio. Euro. Problem gelöst.

**Egal über welche Möglichkeiten der Finanzierung wir reden, die Lösung ist nicht auf kommunaler Ebene zu finden, denn bekanntlich stinkt der Fisch am Kopf zuerst. Was wir brauchen ist eine grundlegende Reformierung der Gemeindefinanzierung.**

**In Abwandlung eines Zitates des Altkanzlers Kohl würde ich nicht sagen „Entscheidend ist was hinten raus kommt“, sondern „Entscheidend ist was unten ankommt.“**

**Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.**

**Günter Kleinpenning**

**(Es gilt das gesprochene Wort)**